



1. IN ALLER KÜRZE..... 1

2. AUS VORSTAND UND GESCHÄFTSSTELLE..... 2

3. AUS DEN FACHBEREICHEN..... 3

4. LESENSWERTES..... 5

5. TERMINE AUF EINEN BLICK 6

6. HILFREICHE TIPPS 6

7. IMPRESSUM..... 6

1. In aller Kürze

17. Juli 2006:

Einstweilige Verfügung gegen Gentechnik-Aktivisten

Gegen den Initiator der Aktion „Gendreck weg“, Michael Grolm, hat das Landgericht Neuruppin eine einstweilige Verfügung erlassen. Grolm hatte öffentlich zu einer Zerstörung von gentechnisch verändertem (GV-)Mais im Rahmen einer „freiwilligen Feldbefreiung“ aufgerufen, teilt die Innoplanta e.V., Gatersleben, mit. In einer Pressemitteilung hatte Grolm erklärt, dass er selbst als Feldbefreier aktiv werde und am 30. Juli "Genmaispflanzen in Badingen ausreißen" wer-

de. Dort baut ein Betrieb laut Innoplanta auf 48 ha Bt-Mais an. Durch die einstweilige Verfügung wurde es Grolm unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 250.000 €, ersatzweise Ordnungshaft bis zu 6 Monaten, untersagt, die mit Bt-Mais bestellten Flächen der Bauerngenossenschaft Badingen eG zu betreten und den GV-Mais zu beschädigen oder zu zerstören.

Quelle:

<http://www.agrimanager.de/nachrichten/aktuell/pages/how.prl?params=%26recent%3D1%26type%3D1&id=20722&currPage=>

14. Juli 2006:

Bündnis gegen Kohle

Zu einem Aktionsbündnis „Zukunft statt Braunkohle“ haben sich Umweltverbände und Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Sie wollen ihre Initiativen für eine Energiestruktur ohne Braunkohle bündeln. Die Kohlegegner kritisieren „die aktuellen klimaschutzpolitisch

fatalen Weichenstellungen“. Dazu zählen sie die braunkohlenfreundliche Ausgestaltung des Emissionshandels, die neue „Klimakiller-Kraftwerke“ erst ermögliche.

Quelle: Originaltext online unter

<http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1152198831359.shtml>

04. Juli 2006:

Naschen für Bruno

Anlässlich der zurzeit emotional geführten Debatte um den erlegten Braunbären Bruno alias JJ1, engagiert sich HARIBO mit dem neuen Produkt „BRUNO-BRAUNBÄR“ für die Naturschutzorganisation WWF Deutschland. Zukünftig sollen die nächsten wildlebenden Bären in Deutschland

nicht vom gleichen Schicksal wie Bruno eingeholt werden.

Um dieses Vorhaben zu realisieren, wird HARIBO für jede verkaufte Runddose „BRUNO-BRAUNBÄR“ 20 Cent dem WWF Deutschland für „Bärenprojekte in den Alpen“ spenden.

Infos zur Kooperative und zum Produkt unter <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=843944>

01. – 31. Juli:

Wir erinnern uns....

Im Umweltschutz ist in den letzten Jahren viel geschehen, sowohl an Erfolgen als auch an

Katastrophen. Vieles ist in Vergessenheit geraten - zu Unrecht. Darum wollen wir jeden Monat an wichtige Ereignisse erinnern.

01.07.1997	Energieverbrauchs-Kennzeichnungsgesetz	
12.07.1992	Erster FCKW- und FKW-freier Kühlschrank	

15.07.1985	Atomgesetz	
18.07.1990	Gründung der DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
19.07.1979	Ölkatastrophe vor Venezuela	„Atlantic Empress“ & „Aegean Captain“ Belastung 276.000 t Öl
20.07.1975	Gründung des BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
27.07.1997	Oder-Hochwasser	
29.07.1976	Inkrafttreten des Energieeinsparungsgesetzes	

2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Reaktion auf BBU-Strafanzeige

Die Geschäftsstelle des BBU in Bonn erreichte am 11.07. ein Schreiben der Staatsanwaltschaft Lüneburg. Dieses bezieht sich auf die von Eduard Bernhard im Namen des BBU verfasste Strafanzeige vom 17.11.2003 gegen die Landesbereitschaftspolizei Sachsen-Anhalt sowie die Landesbereitschaftspolizei Thüringen wegen Freiheitsberaubung u.a. (Bezug siehe unsere Presseerklärung unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/17.1.03.htm>).

Der ermittelnde Staatsanwalt Vogel teilt mit, dass neben unserer Strafanzeige mehrere weitere Strafanzeigen in der Sache eingegangen waren. Nach Prüfung der Sachlage könne er aber keine hinreichenden Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten der an diesem Einsatz beteiligten Polizeiführer und Polizeivoll-

zugsbeamten feststellen. Begründet wird dies mit der Tatsache, dass nach Aussage des Staatsanwaltes die Maßnahmen der Polizei entweder in der Situation begründet waren oder sich diesen nicht nachweisen ließen bzw. es nicht nachweisbar war, dass die tatsächlichen Handlungen über die Befugnisse der Polizei hinausgingen. Laut Aussage des Staatsanwaltes haben die „unter verschiedenen Gesichtspunkten geführten Ermittlungen demnach insgesamt keine hinreichenden Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten der an dem Vorgehen in Laase am 11./12.11.2003 beteiligten Polizeibeamten“ ergeben.

Zur Verdeutlichung hat Herr Staatsanwalt Vogel zahlreiche Vergleichsverfahren angehängt. Diese können in der BBU-Geschäftsstelle eingesehen werden.

Saskia von der Burg

Kritischer Atomphysiker Richard Webb hat Deutschland verlassen/ BBU-Spendenaktion unterstützt die Fortsetzung seiner Arbeit in den USA

Wir berichteten im März 2006 über unseren BBU-Email-Verteiler, dass dem US-Atomwissenschaftler Richard Webb die Ausweisung aus Deutschland drohe. Die Ausländerabteilung des Landratsamtes Augsburg hatte eine fehlende Krankenversicherung von Webb zum formalen Anlass genommen und einen Ausweisungsbescheid zum 30.04. verfügt. Der Widerspruch von Richard Webb wurde abgewiesen, obwohl die Münchner Ärztin Dr. Ingrid Metz seine medizinische Versorgung garantiert und auch eine Bürgerschaft für Webb übernommen hatte.

Richard Webb lebt und arbeitet wissenschaftlich seit 1987 in der BRD. Bevor er zum AKW-Gegner wurde, hatte er in den USA im Rahmen des Manhattan-Projects als Wissenschaftler und Armeeangehöriger gearbeitet. Er hat zahlreiche Studien zum Störfall in Harrisburg (Three Miles Island), Risiken von AKWs und weltweite Strahlungsbelastungen durch Atomenergie verfasst, u.a. auch eine BBU-Broschüre.

Um Richard Webb eine wissenschaftliche und politische Weiterarbeit in Deutschland zu ermöglichen und zu verhindern, dass durch seine Ausweisung sein umfangreiches wissenschaftliches Material verloren geht, hatte der BBU kurzfristig eine Spendenaktion gestartet, die aber Richard nicht mehr bewegen konnte, seinen Kampf für eine atomfreie Zukunft in Deutschland fortzusetzen.

Am Vormittag, des 30. April hat Richard Webb dem BBU-Vorstandsmitglied Wolfgang Guhle, der die BBU-Spendenkampagne organisiert hatte, telefonisch mitgeteilt, dass er am Nachmittag Deutschland endgültig verlassen werde und über Norwegen in die USA zurückkehre. Seine Materialien habe er bereits in einem Container zum Cargo-Transport zum Flughafen gebracht.

Richard Webb hat unter dem enormen Druck, dem er die letzten Wochen ausgesetzt war, resigniert und keine Chancen mehr für ein sinnvolles Verbleiben in Deutschland gesehen. Daran hat auch die kleine Last-Minute-Solidaritätsaktion des BBU nichts mehr ändern können. Einerseits befürchtete Richard Webb, dass er verhaftet würde (zum Zwecke der Abschiebung) und sein Gewahrsam über seine Materialien

verlieren könnte, andererseits hat ihm seine sich ständig verschlechternde soziale Lage vor Augen geführt, dass es für seine Studien in Deutschland keine angemessenen Perspektiven gibt. In den USA hat sich ein befreundeter Wissenschaftler aus New York bereit erklärt, Richard vorübergehend in seinem Haus aufzunehmen. Richard will sich mit anderen kritischen Atomwissenschaftlern in den USA vernetzen und einen Neustart versuchen.

Richard Webb hat sich bei Wolfgang Guhle für die Bemühungen des BBU bedankt und gebeten, ihm das gespendete Geld für die Weiterführung seiner wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung zu stellen. Er hat eine **Message** an den BBU und die SpenderInnen verfasst, in der er seinen Schritt erklärt, für die angebotene Hilfe dankt und seine künftigen Vorhaben erläutert. Wer Interesse hat, kann die Message von Richard Webb (in englischer Sprache) ebenso wie ein Dankeschreiben von Dr. Ingrid Metz über den BBU anfordern.

Auf das Spendenkonto sind insgesamt 765 Euro von BBU-Mitgliedern und Fördermitgliedern eingegangen. Da das gespendete Geld nicht

mehr für Richard Webbs Aufenthalt in Deutschland verwendet werden konnte, wurden die SpenderInnen nach der weiteren Verwendung befragt. Das Ergebnis war, dass 400 Euro Richard Webb für die Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Arbeit weitergeleitet wurden. Der Rest verbleibt zur Finanzierung weiterer Anti-AKW-Aktivitäten beim BBU..

Für diejenigen, die mit Richard Webb (weiterhin) Kontakt haben oder ihn herstellen möchten, hat dieser Wolfgang Guhle folgende Kommunikationsadresse in den USA übermittelt (*Anmerkung der Redaktion: Auszug aus einer Email zwischen Vorstandsmitglied Wolfgang Guhle und Richard Webb*):

Dear Wolfgang,
You could have a look at www.mindspring.com
[..].
Thank you,
Richard Webb

Wolfgang Guhle, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

Radiointerview mit Udo Buchholz

Am 18. Juni 2006 wurde ein ausführliches Radiointerview zum Thema „Urananreicherungsanlage in Gronau“ und die damit verbundenen Urantransporte mit BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz ausgestrahlt. Das Interview ist jetzt online und kann im Internet unter dem nachfolgenden Link abgerufen und gehört werden: <http://www.podster.de/episode/108690>.

3. Aus den Fachbereichen

Energiepolitik

Urantransport in Trier enttarnt / Aufruf an BBU-Mitglieder

Für Aufregung sorgte Ende Juni in Trier ein Urantransport von Frankreich zur Urananreicherungsanlage in Gronau, da die von ihm ausgehende Strahlung in einer Schrottverarbeitungsfirma am Rande der Bahntrasse messbar war. Der Trierische Volksfreund berichtete am 30.6., dass Beamte der Trierer Polizei und des Bundespolizeiamts Saarbrücken das Gelände weiträumig absperren, während der ABC-Erkundungszug der Trierer Feuerwehr und Spezialisten des Eisenbahnbundesamts mit Messgeräten anrückten. Kurze Zeit später wurde „Entwarnung“ gegeben, da der Zug mit Uranhexafluorid angeblich die Grenzwerte eingehalten hat. Daß derartige Grenzwerte recht willkürlich und politisch motiviert sind, ist nicht nur der Anti-Atomkraft-Bewegung bekannt, wird aber vom Trierischen Volksfreund nicht erwähnt.

Schon seit Jahren wird die Rheinschiene für Urantransporte von Frankreich nach Gronau genutzt. Nicht nur Trier ist betroffen, sondern auch Städte wie Koblenz, Bonn und Köln und natürlich auch unzählige kleinere Ortschaften.

Letztlich auch das Ruhrgebiet und das Münsterland. Bereits Ende der 90er Jahre fiel ein Urantransport zwischen Koblenz und Trier durch seine Strahlung derart auf, dass er zunächst sogar für einen Castor-Atomüll-Transport gehalten wurde. Es wurde festgestellt, daß die Ursache leere Uranhexafluorid-Transportbehälter mit geringfügigem Restinhalt waren, die von der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau nach Frankreich transportiert worden waren. Diese Transporte, die letztlich auch den Betrieb von Atomkraftwerken ermöglichen, stoßen bei Bürgerinitiativen und Umweltverbänden auf Kritik, ein Transportverbot und natürlich die Stilllegung aller Atomkraftwerke und Uranfabriken muss erwirkt werden.

Die von den Urantransporten ausgehende Strahlung gefährdet die Bevölkerung in Frankreich, im Ruhrgebiet und in Westfalen. Hinzu kommt die Gefahr, die von dem Fluoranteil in dem Uranhexafluorid ausgeht. Bei Freisetzungen, z.B. im Bereich der Stadt Trier, müsste weiträumig evakuiert werden. Die Aussage des Bahnsprechers im Trierischen Volksfreund, dass die Uranbehälter "gegen

jegliche Einflüsse" geschützt sind, ist unfassbar. Bereits bei relativ geringen Aufprallgeschwindigkeiten oder bei bestimmten Brandunfällen können die Behälter beschädigt werden. Da die Sicherheitskräfte kaum oder überhaupt nicht über die hochgefährlichen Transporte informiert sind, würden sie möglicherweise im Brandfall, wenn die Gefahrgutkennzeichen evtl. unlesbar sind, mit Wasser löschen. Uranhexafluorid darf jedoch nicht mit Wasser in Verbindung gebracht werden. Folge wäre die Bildung der ätzenden Flußsäure, die im Umfeld jegliches Leben vernichten kann.

Die niederländische Gemeinde Glanebrug hat vor Jahren erreichen können, dass die Uranhexafluorid-Transporte von und nach Gronau das Gemeindegebiet umfahren. Alle BBU-(Förder)-Mitglieder im Bereich der Urantransporte kann ich nur dazu aufrufen, auch gegen diese Transporte aktiv zu werden. (Fragen oder eigene Hinweise zu den Transporten können direkt an die BBU-Geschäftsstelle gerichtet werden). Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb eine Stadt diesen hochgefährlichen Transporten die Durchfahrt gestatten sollte. Und: Die Zahl der

Urantransporte soll noch massiv zunehmen, denn die Urananreicherungsanlage in Gronau, die das Uran aus Frankreich bekommt, soll um das 2,5fache ausgebaut werden. Zukünftig soll zudem auch noch sogenanntes abgereichertes Uranhexafluorid mit der Bahn nach Frankreich gebracht werden. Dort soll Uranoxid daraus gewonnen werden, das dann wiederum nach Gronau gebracht werden soll. Insgesamt geht es dabei um rund 60.000 Tonnen! Konkret: Ziemlich häufig rollen Urantransporte durch das Rheinland, durch das Ruhrgebiet und durch das Münsterland.

Überraschend ist übrigens, dass eine Schrottverarbeitungsfirma in Trier über Messgeräte verfügt, die sogar die Radioaktivität vorbeifahrender Züge messen können. Wofür werden die Messgeräte benötigt? Frage: Wird in dem Werk möglicherweise verstrahlter Metallschrott, z. B. aus dem AKW Mülheim-Kärlich, verarbeitet?

Udo Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des BBU

Gesundheitspolitik

BBU kritisiert den Landkreis Soltau Fallingbostal wegen der geplanten Verwendung von PVC - Fußbodenbelägen in 6 Schul Neu/ Erweiterungsbauten

Über PVC ist aus ökologischer Sicht seit vielen Jahren bekannt, dass dieser Stoff von der Produktion bis zur Entsorgung problematisch ist. Der Ausgangsstoff für die PVC Herstellung ist der als krebserregend bekannte Stoff Vinylchlorid. Über den Zusatzstoff DEHP als Weichmacher weiß man, dass er ebenfalls krebserregend und erbgutverändernd ist.

Im Brandfall führen PVC Produkte zu der Emission von Salzsäure. Im Falle eines Schwelbrandes entstehen somit erhebliche Gesundheitsgefahren für die sich in der Schule befindlichen Kinder und Lehrkräfte.

Gerade in Verbindung mit Löschwasser entstehen erhebliche Korrosionsfolgeschäden, die im gewerblichen Bereich dazu führen, dass einige Feuerversicherer nicht mehr bereit sind, gewerbliche Gebäude mit großflächigen PVC

Fußbodenbelägen gegen das Risiko Feuer zu versichern.

Ferner ist nachgewiesen, dass bei der Verbrennung von PVC die Ultragifte Dioxine und Furane entstehen.

Diese Erkenntnisse haben die Stadt Oldenburg, wie auch 70 weitere Kommunen in Deutschland, bereits im Jahre 1997 in der Verwaltungsratsitzung am 04.03.1997 dazu bewogen, auf PVC im städtischen Beschaffungswesen zu verzichten.

Der Landkreis Soltau Fallingbostal zeigt sich, was die Verwendung von PVC angeht, uneinsichtig.

Grund: Für gesundheitsverträgliche Alternativen würden ca. 1-2% höhere Baukosten entstehen und da PVC nicht verboten ist, können wir es auch verwenden!

*AG Innenraumschadstoffe und Gesundheit
Karl-Jürgen Prull
(Mitgliedsgruppe des BBU)*

Wasser und Gewässerschutz

Hafenkonzept für die deutschen Nordseehäfen dringend erforderlich

Seit Jahren fordern die Umweltverbände Aktionskonferenz Nordsee (AKN) und Rettet die Elbe (RdE) ein abgestimmtes Hafenkonzept in Deutschland. Nun bekommen sie Rückenwind durch ein Gutachten des Bundesumweltministeriums (BMU). Das Gutachten „Nachhaltigkeitsaspekte der nationalen Seehafenkonzeption“

bestätigt die Forderung der Umweltverbände nach einem Hafenkonzept.

Noch in 2005 hatte der damalige Umweltminister Trittin ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass den Diskussionen über ein Hafenkonzept an der deutschen Nordseeküste eine neue Grundlage geben sollte. Die Umweltorganisationen Rettet die Elbe (Hamburg) und Aktionskonferenz Nordsee (Bremen) haben jetzt

nach einem Jahr die Herausgabe des Gutachtens eingefordert. In dem BMU Gutachten werden die Möglichkeiten zum Ausbau von Arbeitsteilung und Kooperation zwischen den Seehäfen an der deutschen Nordseeküste analysiert.

Unter anderem wurde in dem BMU Gutachten konstatiert, dass zwar der Trend zu größeren Containerschiffen anhalten wird, aber "ab einer Schiffskapazität von 10.000 TEU Restriktionen bezüglich Wirtschaftlichkeit, Containerhandlung und -stabilität, Sicherheit und Hafenskapazität gesehen" werden. "Das wirtschaftlichste Containerschiff („Arbeitstier“) wird in Zukunft nach Einschätzung der Expertenmehrheit das 8.000 TEU Schiff sein."

Damit sind weitere Elbe- und Weservertiefungen aus der Sicht von AKN und RdE nicht mehr erforderlich.

Wie ebenfalls von RdE und AKN gefordert, kommt auch das BMU Gutachten zu dem Schluss, dass mehr Transparenz bei staatlicher Subvention nötig ist, um die Gefahr von Fehl-

vestitionen zu verhindern. Die Wirtschaftlichkeit von Infrastrukturprojekten muss stärker hinterfragt werden. Der Bundesverkehrswegeplan weist hinsichtlich der Bewertung von Wasserstraßenprojekten erhebliche Defizite auf, da wichtige Folgekosten nicht berücksichtigt werden. Laut BMU Gutachten ist „der Kostendeckungsgrad der staatlichen Hafeninfrastruktur (in Hamburg, Bremen und Niedersachsen) mit rund 30% sehr niedrig.“ Im Umkehrschluss bedeutet das, dass nicht nur die Infrastruktur sondern auch der Hafenumschlag mit öffentlichen Geldern subventioniert wird, so AKN und RdE.

„Das BMU Gutachten bestätigt uns“, so die VertreterInnen Herbert Nix und Nadja Ziebarth „um weiter Umweltzerstörungen und Fehlinvestitionen zu stoppen, müssen alle Hafen- und Hinterlandplanungen sowie Flussausbaumaßnahmen sofort wieder auf den Prüfstand.“

Quelle: Pressemitteilung des AKN Bremen vom 13. Juli 2006

Fluglärm

Rote Karte für den Flugverkehr

BBU gegen Ausbau des Flughafen Münster - Osnabrück

Als falsches verkehrspolitisches Signal ist das Urteil vom 13.07.2006 des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Münster zum Ausbau des Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) bei Greven (Münsterland) zu werten. Deutlich wird, dass erneut wirtschaftliche Interessen dem Natur- und Umweltschutz und den Interessen der von Lärm und Schadstoffen betroffenen Bevölkerung übergeordnet wurden. In einer Pressemitteilung habe ich im Namen des BBU darauf hingewiesen, dass es mehr als widersinnig ist, wenn in Zeiten, in denen die Notwendigkeit des Klimaschutzes drastisch immer deutlicher wird, Flughäfen ausgebaut werden.

Den Dank des BBU habe ich in der Pressemitteilung den Klägern gegen den Flughafenausbau ausgesprochen, unter denen sich auch der Naturschutzbund (NABU) NRW befindet, der eine Verbandsklage gegen den Flughafenausbau eingereicht hatte.

Auch wenn die Klagen nicht erfolgreich waren, wurde deutlich gezeigt, dass der Flughafenausbau auf Widerstand stößt. Auch in der Vergangenheit hatte es immer wieder Proteste und Einsprüche gegen den Flughafenausbau gegeben. Jetzt muß überlegt werden,

wie zukünftig mit den Problemen der Luftfahrt umgegangen wird. Gerade jetzt in der Urlaubszeit muss dem Flugverkehr die rote Karte gezeigt werden. Bei der Urlaubsplanung sollte der Umweltschutz nicht vergessen werden. Der NABU NRW wird jetzt die schriftliche Begründung des Urteils abwarten, um dann zu klären ob er gegen die nicht zugelassene Revision Nichtzulassungsbeschwerde einreichen wird. Der bisherige Rechtsstreit, und evtl. auch der noch folgende, ist mit erheblichen Kosten verbunden. Ich habe dem NABU NRW mitgeteilt, dass der BBU als Gesamtverband zwar keine Gelder zum juristischen Widerstand beitragen kann, dass aber auf ein Spendenkonto im BBU-E-Mail-Newsletter hingewiesen werden kann. Dieses Angebot hat der NABU gerne angenommen. Das Konto des NABU NRW ist bei der Verbandssparkasse Wesel, Blz: 356 500 00, Ktn: 22 88 66, Stichwort FMO.

Schön wäre es, wenn die BBU-(Förder)-Mitglieder, die sich ebenfalls mit den Themen Flughafen(aus)bau, Fluglärm und / oder Nachtflugverbote befassen, im BBU-Mail-Newsletter über ihre Aktivitäten berichten könnten.

Udo Buchholz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

4. Lesenswertes

Zur Erinnerung: Noch auf der Suche nach einer Urlaubslektüre?

Der BBU veranstaltete am 19. Mai in Bonn zusammen mit Prof. Erich Schöndorf einen

Informationsabend zum Thema „Wirtschafts- und Umweltkriminalität: Vom Kampf der Davids gegen die Goliaths“. Wir berichteten darüber im Newsletter 05.

Im Zuge dieser Aktion können in der Geschäftsstelle noch Exemplare des neusten Romas von Erich Schöndorf „Das Projekt“ angefordert werden. Der Verkaufspreis beträgt 22 Euro+ 2 Euro Versandkosten. Jeweils die Hälfte des Kaufpreis geht direkt an den BBU und kommt unserer Arbeit zugute.

Infos über den Roman findet ihr auch unter <http://www.bbu-online.de/Buchseite.htm>. Bestellen könnt ihr „Das Projekt“ direkt bei uns unter 0228/214032, per Fax unter 0228/214033 oder per Mail unter bbu-bonn@t-online.de.
Saskia von der Burg

5. Termine auf einen Blick

Wann?	Was?	Wo?	Info
seit dem 14.07. bis zum 15.09.2006	Ausstellung über die Folgen des Uranabbaus	Rathaus, Kirchheim am Neckar	Infos unter www.bbm.de
23.07.2006	„Das Ende der Belastbarkeit – wie viel verträgt der Mensch?“	LGA, Gewerbemuseumsplatz Nürnberg	Infos unter www.umweltbedingt-erkrankte.de
05.08.2006 12:30 Uhr	59. Anti-Jagd-Demo	Schliersee, Treffpunkt am Bahnhofsvorplatz	Infos unter www.abschaffung-der-jagd.de
seit dem 02.07. und noch immer on Tour	Antiatom-Radtour: „Von Korsika nach Finnland“ mit Unterschriftenaktion	von Korsika nach Finnland	Infos zu den Etappen und rund um die Tour unter http://www.aufderachsedesboesen.net/d_start.html

6. Hilfreiche Tipps

Um Mithilfe wird gebeten: Neuer Fragebogen zu Holzschutzmittelmaßnahmen

Der DIN-Verbraucherrat hat aktuell einen Fragebogen zur genaueren Abschätzung der praktischen Gegebenheiten bei der Umsetzung von Holzschutzmaßnahmen entwickelt. Dessen Ergebnisse sollen als Grundlage für die Formulierung von Verbraucherpositionen im Normungsprozess dienen und damit zu einer verbraucherorientierten Gestaltung der zukünftigen Normen beitragen.

Die „Holzschutznorm“ DIN 68800 soll in nächster Zeit überarbeitet werden, weil aus Sicht der Verbraucher die den Verbraucherschutz

berührende Fragen der Information und der Qualitätskontrolle der ausgeführten Arbeiten in der bestehenden Norm in vielen Punkten unverbindlich gehalten wurden. Viele finden in der Praxis keine Anwendung. Zur Zeit ist die Kontrolle einer Holzschutzleistung ohne aufwendige Verfahren kaum möglich und somit oftmals für Verbraucher nicht durchführbar.

Da die Aussagekraft der Ergebnisse des Fragebogens auch von der Anzahl der eingegangenen Antworten abhängig ist, bittet der DIN-Verbraucherrat um eine rege Teilnahme. Der Fragebogen ist abrufbar unter http://www.bbu-online.de/html/Holzschutz_Fragebogen.pdf

Keine Einkaufstüten in die Kühltruhe

Müllbeutel und Plastiktüten aus dem Supermarkt sind nicht zum Einfrieren von Lebensmitteln geeignet, berichtet die „Apotheken Umschau“ unter Berufung auf das Institut Fresenius aus Taunusstein. Da für diese Tüten nicht die strengen Regelungen des Lebensmittelgesetzes gelten, können gesundheitsschädliche Lösungs-

mittel freigesetzt werden. Sicher sind die haushaltsüblichen Frischhaltefolien und Tiefkühlbeutel.

Mehr Infos zum Thema auch im Internet unter <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

Quelle:

<http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

7. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 07/ 06

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn
Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder

können den Newsletter beim BBU anfordern.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster **Redaktionschluss ist der 20. August, 13 Uhr**. Beiträge von

Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de